

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/46. Jahrgang

Oktober 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

Flüchtlinge: "Die Stimmung kippt um"

Nach der Willkommenseuphorie (war die echt oder manipuliert?) kommt Ernüchterung (ist die echt oder auch manipuliert?). Und weitere Fragen: Weshalb kommen gerade jetzt so viele Flüchtlinge?

Der mörderische Krieg in Syrien begann vor vier Jahren (s. Artikel S.2). Was sind die Ursachen der Flüchtlingsströme und wer hat ein Interesse daran?

Unternehmer sehen billige Arbeitskräfte. Die Bundesregierung verschärft (mit Billigung der Grünen) das Asylrecht. Der Ruf, Asylsuchende für weniger als den Mindestlohn arbeiten zu lassen, wird lauter, und bezeichnenderweise bekam der Leiter der Bundesagentur für Arbeit gleich zusätzlich die Verantwortung für die Flüchtlinge übertragen. Ob er ihr gerecht werden kann und will?

Wird man als „humanitäre Maßnahme“ im Winter die Bundeswehr zur Unterstützung holen? Dann wäre die Auseinandersetzung um den (noch) rechtswidrigen Einsatz im Innern obsolet. Vielleicht ruft man auch den „Notstand“ aus. Die Gesetze dazu, die faktisch alle Grundrechte aushebeln, gibt es seit 1968.

Dabei sind noch viel größere Flüchtlingsströme zu erwarten. Aufgrund auch und gerade der deutschen „Entwicklungspolitik“ in Afrika werden zunehmend mehr Kleinbauern ihrer Existenzgrundlage beraubt – langfristig bis zu 400 Millionen. E.B.



Soll der Nazi Hermann Schlosser Ehrenbürger von Gießen bleiben?

Nach den Nazis Otto Eger und Friedrich Feld hat die Stadt eine weitere Leiche im Keller: Hermann Schlosser, dem 1965 sogar die Ehrenbürgerschaft verliehen worden war. Die solle ihm aberkannt werden, beantragte Michael Beltz für die Linksfraktion mit der Begründung:

„Schlosser war während des Faschismus Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Gold- und Silber-Scheidanstalt, Degussa, die sich millionenfach bereicherte, indem sie geraubten Schmuck und Zahngold aus den KZ's der Nazis aufkaufte und einschmolz. Gleichzeitig produzierte die Degussa-Tochter Degesch das Zyklon B für die Gaskammern der Vernichtungslager. Allein in den Jahren 1942/43 wurden 20 Tonnen nach Auschwitz geliefert. Schlosser war

„Wehrwirtschaftsführer“ der Nazis, Produktionsbeauftragter für die chemische Industrie des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion und stand auf der Kriegsverbrecherliste der USA.“

Eigentlich sind diese Fakten bekannt; eigentlich hätte die Stadt längst von sich aus hier tätig werden müssen. Aber nein, der Antrag wurde im Ausschuss einstimmig (die kleinen Frak-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Inhalt:

NATO-Krieg in Syrien	S.2
LaGa-Kosten/Kita-Streik	S.3
Schikanen Jobcenter/Jugendkultur	S.4
Klinikpersonal kämpft	S.5
Griechenland/Antisemitismus/DDR	S.6
Ukraine/Leserbriefe	S.7
DKP-Konferenz Hessen/Termine	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Syrien: der NATO-Krieg gegen die säkulare syrische Regierung

„Ein Bürgerkrieg in Syrien, bei dem auch die ethnischen und religiösen Gegensätze aufbrechen würden, wäre schrecklicher als die früheren Kämpfe im benachbarten Libanon“ – so war es im März 2012 im Gießener Echo zu lesen.

Leider hat sich diese Vorhersage mehr als bewahrheitet. Schon bald nach Beginn der Kämpfe war klar, dass es sich weniger um einen Bürgerkrieg als um einen Krieg der NATO und der reaktionären arabischen Öldiktaturen gegen die säkulare syrische Regierung und die sie unterstützenden gesellschaftlichen Kräfte handelt. Gegner der syrischen Armee sind weniger Einheimische als Söldner aus aller Welt.

Die sogenannte „freie syrische Armee“, die schon während der ersten zivilen Demonstrationen auftauchte und mit brutalen Überfällen auf Polizei- und Armeestationen die Gewalt

eskalierete, spielte schon bald kaum noch eine Rolle. Das Köpfe von Gegnern, mit dem die sich Islamischer Staat nennende Mörderbande prahlte, wurde schon damals praktiziert.

Bei Fernsehinterviews war mehrmals zu sehen, wie Kämpfer der freien syrischen Armee gestenreich vorspielten, wie sie den in ihre Hände gefallenen Gegnern die Hälsen durchschnitten. Über 200.000 Todesopfer hat der vor vier Jahren begonnene Krieg inzwischen gekostet, mehr als ein Viertel der Bevölkerung musste fliehen.

Absurderweise werden von westlichen Regierungschefs und in fast der gesamten Presse diese Opfer und die Zerstörungen in den Städten ausschließlich der Regierung unter Präsident Assad angelastet. Für den Sturz Assads nehmen die NATO-Regierungen alles in Kauf: Massenmord an Jesiden, Kurden, Alawiten,

Christen, millionenfache Flucht und Vertreibung, Zerstörung von Weltkulturerbe. Dabei ist ziemlich sicher, dass ein Fall der Regierung in Damaskus den Krieg nicht beenden würde. Der Kampf zwischen den verschiedenen Söldnerbanden ginge dann erst richtig los, begleitet von Massenmorden an ethnischen und religiösen Minderheiten und an den Unterstützern der jetzigen Regierung. Wahrscheinlich würde dann auch Damaskus in Schutt und Asche gelegt und eine noch größere Fluchtwelle ausgelöst.

Ein Ende von Gewalt und Vertreibung wäre nur durch eine politische Lösung möglich. Dazu müsste den Söldnertruppen jede Unterstützung entzogen werden, die zivilen Oppositionsgruppen geeinigt und gestärkt und die mit Assad verbündeten Staaten Russland und Iran gleichberechtigt beteiligt werden. Gernot Linhart

Weltkulturerbe – zweierlei Maß

Mit Recht empören sich viele über die Zerstörung von Weltkulturerbestätten wie Palmyra in Syrien durch die Terrorgruppe, die sich Islamischer Staat nennt. Kaum berichtet wird aber, dass gleichzeitig Saudi Arabien gemeinsam mit den Öldiktaturen im Persischen Golf die Altstadt der jemenitischen Hauptstadt Sanaa, ebenfalls zum Weltkulturerbe gehörend, großflächig bombardiert. Flugzeuge, Bomben und Raketen sind zum Teil Importe aus Deutschland – und die Rüstungslieferungen in die bombardierenden Staaten laufen weiter. G.L.



Der Horror des Kapitals

"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn: 10% sicher, und man kann es überall anwenden; 20% es wird lebhaft; 50% positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens."

(aus: Karl Marx, "Das Kapital", Bd. 1, S. 788)

Märchenstunde im Hauptausschuss

Obwohl es statt der erwarteten 700.000 nur 500.000 Besuche der Landesgartenschau gegeben hat, habe die Stadt ihre Ziele übertroffen und die eingeplanten städtischen Zuschüsse nicht voll in Anspruch nehmen müssen. Diese abstruse Rechnung trug GmbH-Geschäftsführer Ludwig Wiemer in der Ausschusssitzung am 28. September vor.

Dieses Ergebnis sei durch Personaleinsparungen (weniger Besucher, weniger besetzte Kassen) sowie durch einen geringeren Wasserverbrauch (durch verregneten Sommer) zustande gekommen.

Da sind erhebliche Zweifel angebracht, die allerdings nur von Michael Janitzki (Linkes Bündnis) vorgetragen wurden. Er verwies u. a. auch darauf, dass die knapp 130.000 Euro

an Parkgebühren für den Messeplatz als städtische Einnahmen und nicht als Erlös der LaGa zu verbuchen seien.

Ohnehin wird die fällige Endabrechnung erst im nächsten Jahr, und zwar weit nach den Kommunalwahlen am 6. März, vorgelegt werden.

Die LaGa GmbH wird Ende dieses Jahres aufgelöst; dann wird Wiemer noch ein Jahr lang die Liquidierung betreiben – und so lange kann noch viel mit Zahlen jongliert werden.

In der Parlamentssitzung am 8. Oktober wird Bgm. Weigel-Greilich in Beantwortung einer Anfrage von Janitzki über die Höhe der Investitionen Farbe bekennen müssen: über die realen Kosten der Fußgängerquerung Ostanlage, der „Korridore“ und der Aufwertung Lahnaue. E.B.

(Fortsetzung von Seite 1)

Nazi-Schlosser

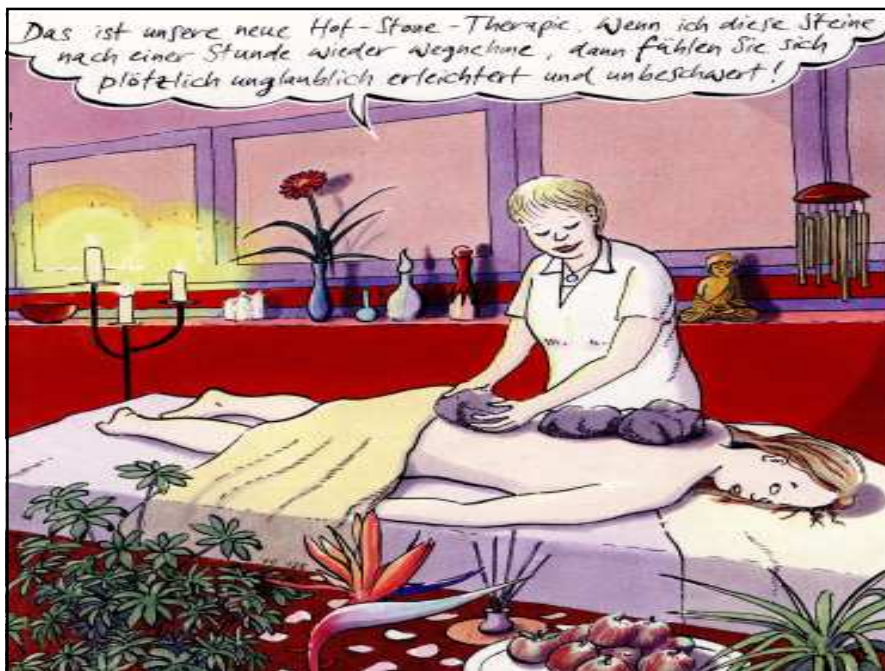
tionen sind nicht stimmberechtigt) abgelehnt. Stattdessen soll – wie so oft – erst mal ausgiebig „geprüft“ werden und das kann dauern. Statt den Tatsachen ins Auge zu sehen, wurde ins Blaue gemutmaß: ob man das damals schon habe wissen können (ja man konnte). Man wusste genau, wer von Auschwitz profitierte. Dass er – wie viele Nazi-Verbrecher – nicht zur Verantwortung gezogen wurde, passt ins Bild: Globke, der die Rassengesetze formulierte, wurde Adenauers Kanzleramtsminister, und Blutrichter Filbinger blieb wie alle faschistischen Richter im Amt. Damit wird sich das Stadtparlament auseinandersetzen müssen. Die Hoffnung, die Ehrenbürgerschaft könne mit Schlossers Tod 1979 erloschen sein, wie sie K.P. Möller (CDU) zum Ausdruck brachte, ist vergebens, einen solchen Automatismus gibt es nicht.

Und wer auf Schlossers „Verdienste“ für die Stadt, seine großzügigen Spenden, verweisen oder ihn anderweitig reinwaschen will, der soll wissen, dass dieses Geld aus einem Vermögen stammt, an dem unsägliches Leid und Blut haftet.

Schlosser ist 1933 in die NSDAP eingetreten, als überzeugter Nazi erklärte er im November 1939, nachdem Hitler den 2. Weltkrieg entfesselt hatte, vor seiner Belegschaft:

„Wir stehen in einem schweren Kampf, dessen Ernst man sich gar nicht ernst genug vorstellen kann. (...) In einem solchen Kampf gibt es keine Halbheiten. Ich möchte keinen Zweifel darüber aufkommen lassen und erkläre Ihnen hiermit, dass ich bedingungslos hinter dem Führer stehe, was da kommen mag. (...) Und erwarte und verlange ich die gleiche Gefolgschaftstreue ohne Drehen und Deuteln für unsren Führer auch von Euch, damit die Scheideanstalt als geschlossenes Ganzes hinter dem Führer und damit hinter Deutschland steht und ihre Mission an ihrem Platz in diesem großen Ringen, so wie ihr das Schicksal es vorschreibt, erfüllt.“

Kann es da noch Zweifel geben? Am 8. Oktober wird das Stadtparlament endgültig beschließen. Der Ausgang scheint gewiss: Gießen wird sich wieder einmal vor der Verantwortung drücken. Michael Beltz



Kita-Streik: Schlichtung minimal verbessert

Im Tarifstreit der Erzieherinnen und Sozialarbeiter scheint sich eine Lösung anzubahnen. Die Gewerkschaften verständigten sich mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) auf Nachbesserungen des von den Beschäftigten deutlich abgelehnten Schlichterspruchs. Vor allem jüngere Kolleginnen, die in niedrigen Erfahrungsstufen eingruppiert sind, sollen höher bezahlt werden. Nach Angaben der VKA führen die Vereinbarungen zu Mehrkosten in Höhe von 315 Millionen Euro, also 9

Millionen mehr als von den Schlichtern empfohlen. Für die rund 240.000 Beschäftigten bedeutet dies durchschnittliche Gehaltserhöhungen von nun 3,3 statt 3,2 Prozent. Die lange Laufzeit von fünf Jahren, während der die Gehälter praktisch eingefroren sind und nicht gestreikt werden kann, blieb unverändert. Jetzt muss die Gewerkschaftsbasis entscheiden. Unsere Solidarität gilt allen Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst, wie ihre Entscheidung auch immer ausfällt. Rainer Grabowski

Die Schikanen des Jobcenter

Ein Beispiel für die hirnrissigen Hartz-IV-Schikanen erfuhren wir kürzlich bei der Montagsdemo im Seltersweg. Ein Gießener Arbeiter, der aufgrund seines geringen Lohnes als Aufstocker Hartz IV beantragen musste (und erhält), bekam ein Schreiben vom Jobcenter. Darin wurde er aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen eine beigefügte „Eingliederungsvereinbarung“ zu unterschreiben, in der er sich verpflichten soll, „aus eigener Initiative ab heute und in jedem Monat mind. 3 ernsthafte Bewerbungsbemühungen um eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit zu unternehmen“. In dem dreiseitigen „Vertrag“ wird gleichzeitig gedroht, dass die Leistungen bei Verstößen „... auch mehrfach hintereinander – gemindert oder vollständig entfallen“.

Es geht um einen Arbeiter, der bereits – nachts – fünf Stunden schuftet geht. Ihm wird zugemutet, nebenbei offene Stellen zu suchen, Bewerbungen zu schreiben, evtl. Vorstellungstermine wahrzunehmen, das alles aufzulisten und dem Jobcenter zukommen lassen... und das natürlich tagsüber, wo er auch schlafen muss, um nachts fit zu sein.

Die jüngste Statistik des Jobcenters Gießen nennt für August 9.658 Arbeitslose – und 2.346 offene Stellen. Kapitalismus bedeutet immer auch Arbeitslosigkeit – die gehört unweigerlich dazu.

Diese Zahlen machen deutlich, dass

es sich um eine reine Schikane handelt. In dem speziellen Fall kommt hinzu, dass der Betroffene aufgrund der Nachtzuschläge einen Stundenlohn von elf Euro erhält; in den Hartz-IV Vorschriften ist jedoch festgeschrieben, dass niemand einen Arbeitsplatz zu einem niedrigeren Verdienst als bisher annehmen darf. Wie soll das gehen? Soll er auch noch sonntags arbeiten oder was haben sich die Schwachmatten dabei gedacht?

Niemand muss solche Vereinbarungen unterschreiben, und niemand sollte es tun, auch wenn mit dem harschen Ton eine Drohkulisse aufgebaut wird, die einer Nötigung nahekommt. Die Jobcenter werden dann zwar einen „Verwaltungsakt“ erlassen, in dem das Gleiche steht, aber dagegen kann man Widerspruch ein-



Volkswagen und TTIP

Niemand wird mehr bedauern als der Vorstand der Volkswagen AG, dass das Freihandelsabkommen TTIP mit den geplanten Schiedsgerichten noch nicht gilt. Dann könnte der Konzern die US-Regierung verklagen, weil sie mit ihren Abgasvorschriften die Profite des Konzerns beeinträchtigt. G.L.

legen oder klagen. Deshalb: nicht unterschreiben, Bedenkzeit verlangen, sich beraten!

Allein schon aufgrund fehlender Arbeitsplätze (s.o.) kann mit solchen Maßnahmen niemandem geholfen werden; diese Maßnahmen dienen einzig dem Zweck, Bezieher von Hartz IV zu kontrollieren und zu schikanieren. Dagegen muss und kann man sich wehren! Erika Beltz

Politik, Kultur und Jugend in Gießen

Jeder Jugendliche braucht einen Ort, an dem er sich mit anderen Jugendlichen treffen kann und an dem es ihm möglich ist, seine Freizeit mit Kunst, Musik, Sport, Politik, Spiel und Spaß zu gestalten. Um andere Menschen, Kulturen und Vielfalt kennenzulernen und verstehen zu können, braucht jeder Stadtteil ein Zentrum, wo das möglich ist. Das Jokus in Gießen beispielsweise bietet solche Möglichkeiten. Neben Café und kommunalem Kino gibt es auch in regelmäßigen Abständen Konzerte von Hardcore über Hip-Hop bis zu lateinamerikanischen Festivals mit Musik, Tanz und landestypischen Gerichten. Mit der Hip-Hop AG kann man eigene Beats und Raps bauen und aufneh-

men, Musikvideos drehen und das Jugendzentrum mit eigenem Graffiti verschönern. Im Sommer 2015 gab es auch die Möglichkeit an dem Hip-Hop Jam im Jokus teilzunehmen. Viele Künstlerinnen und Künstler aus den Gießener Stadtteilen traten mit Tracks aus dem Alltag und Leben eines Jugendlichen auf, sprachen sich in ihren Texten gegen Rassismus aus und auch der ein oder andere politische Rap war zu hören. Auch andere Subkultur hat im Jokus schon ihren Platz gefunden. 2012 veranstaltete die Gießener Punkband Pestpocken zu ihrem 15. jährigen Bestehen das „No Love For A Nation“-Festival. Verschiedenste Punk-, Oi!- und Hardcore-Bands aus Deutschland und al-

ler Welt rockten zwei Tage die Bühnen vom Jokus. Themen wie Antifaschismus, Repression, Anarchismus und Politik spielten eine große Rolle. So ein Jugendzentrum ist in jedem Stadtteil notwendig, kostenlos und offen für jede und jeden.

In der nächsten Ausgabe des Gießener Echos werden wir näher die Kirche als Träger sozialer Einrichtungen wie Kindergärten, andere Jugendzentren und Pflegeheimen in Gießen kritisch betrachten. Wer Interesse hat im Jokus vorbei zu schauen und mit zu machen: Infos findet ihr unter www.jokus-giessen.de und vor Ort in der Ostanlage 25a.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend-sdaj-giessenmarburg@gmx.de

Klinikpersonal kämpft für bessere Arbeitsbedingungen

Die Rhön AG, Eignerin des Uniklinikums Gießen-Marburg, hat auch im vergangenen Jahr wieder Gewinne von etwa 15 Millionen Euro gemacht. Zusätzlich musste das Personal einen noch höheren Betrag für Zinsen und Tilgung von Investitionskosten erwirtschaften, die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz eigentlich vom Land getragen werden müssten. Die Beschäftigten nehmen das nicht einfach hin. Im September haben 43 Vertreter aus Stations- und Funktionsleitungen in einem Brandbrief an die Geschäftsleitung mehr Personal gefordert und auf die Gefährdung von Patienten und Beschäftigten durch die ständige Arbeitshetze hingewiesen. Die Geschäftsleitung allerdings gibt sich unbesorgt. In ihren Augen ist alles in Ordnung – klar, der Profit stimmt ja. Unterstützung bekommt sie von Ministerpräsident Bouffier, der allein dem Vorstand der Rhön AG glaubt. 158 Überlastungsanzeigen in einem halben Jahr sagen etwas anderes aus. 158 Pflegepersonen konnten ihre Arbeit nicht schaffen, gefährdeten damit ihre Patienten und sich selbst und waren so mutig, diesen Missstand ihren Vorgesetzten zu melden. Bundesweit fehlt es in Klini-

ken an Personal, insgesamt würden 70 000 Stellen in der Pflege und 110 000 in anderen Bereichen mehr gebraucht. Neben Aktionen des Personals hat die Gewerkschaft ver.di jetzt eine Petition an den Bundestag gestartet, mit der sie ein Gesetz für die Personalbemessung in Krankenhäusern fordert und ihre Forderung ausführlich begründet. Text und Unterschriftenlisten gibt es im Internet unter www.der-druck-muss-raus.de. Die Bundesregierung aber will statt eines solchen Gesetzes ein Krankenhausstrukturgesetz beschließen, das nach Ansicht vieler Fachleute die Lage noch verschlimmert. Mit diesem Gesetz soll die Konkurrenz zwischen Kliniken verschärft werden. Gute Leistungen sollen finanziell belohnt, schlechte Leistungen bestraft werden. Spezialkliniken, die bestimmte Operationen wie Einsatz künstlicher Gelenke, Herzklappen usw. wie am Fließband durchführen, würden noch profitabler. Häuser mit Rundumversorgung, die auch Patienten mit mehreren Krankheiten aufnehmen können, blieben auf der Strecke. Gegen diesen Gesetzentwurf, der vor allem von den Krankenkassen (gegen die Interessen ihrer Mitglieder) unterstützt wird,



gibt es bundesweiten Widerstand. Auch in Gießen beteiligten sich das Ev. Krankenhaus und das St. Josefs-Krankenhaus/Balsersche Stiftung an einer Protestaktion im September. Krankenversorgung geht uns alle an – das Klinikpersonal vertritt mit seinen Aktionen nicht nur eigene Interessen und verdient unsere volle Unterstützung. Gernot Linhart



man muss das Pack enteignen

... Ich würd ihnen den Reichtum gerne lassen,
die schicken Autos und ihr lautes Prassen,
nur leider kaufen sie sich unsre Erde
und unser Land mit protziger Gebärde
und machen sich an schönsten Flecken breit
und rauben denen, die seit langer Zeit
das Land mit andern teilen,

das Recht, dort weiter zu verweilen.
Nur weil sie ärmer sind, auch oft verlieren
und nicht mit Lebensmitteln spekulieren.
Und glaubt mir, Freunde - sollt ich's nicht erleben
dann will ich's gerne meinen Kindern weitergeben:
Seid wachsam, tapfer, haltet euch bereit,
man muss das Pack enteignen seiner Zeit!

Konstantin Wecker

Griechenland: Der Traum ist aus!

Am 20. September 2015 haben die Griechen zum zweiten Mal in diesem Jahr ein neues Parlament wählen müssen. Trotz Wahlpflicht sind wieder weniger Menschen zur Wahlurne gegangen; nur noch knapp 57%, 7% weniger als im Januar 2015. Die großen Parteien Syriza und die Neue Demokratie konnten ihre Ergebnisse knapp halten: 35% und 28%. Ein positiver Aspekt ist, dass die griechischen Faschisten der „Goldenen Morgenröte“ ihr Ergebnis kaum verbessert haben und bei knapp 7% liegen. Die immer stärkere Enttäuschung der griechischen Bevölkerung drückt sich zum Glück in Wahlenthaltung und nicht in Stimmen für Faschisten aus. Der Kommunistischen Partei gelang es nicht aus dem Betrug von Alexis Tsipras Vorteile zu ziehen; sie liegt bei 5,5%. Die Situa-

tion in Griechenland scheint aus der Sicht des Kapitals wieder in Ordnung: Zwei große „Volksparteien“, die eine konservativ und die andere „sozialdemokratisch“. Beide sind sich einig, dass es zum Kapitalismus keine Alternative gibt. Kein Leben ohne NATO, EU, Euro und der Vorherrschaft des deutschen Kapitals in Europa. Ein weiteres Mal ist die Illusion von einer demokratisch reformierbaren EU zerstoßen. Die EU ist wie der bürgerliche Nationalstaat eine Organisationsform des europäischen Kapitals, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das Scheitern von Syriza sollte Bewegungen wie Podemos in Spanien, Labour in Großbritannien oder der Linkspartei zu denken geben. Eine gesellschaftliche Alternative ist ohne einen Bruch mit dieser EU nicht möglich. Henning Mächerle



25 Jahre Anschluss der DDR

„...25 Jahre nach dem 3. Oktober 1990 läuft die bürgerliche Propaganda wieder auf Hochtouren: Eine friedliche Revolution gegen das DDR-Unrechtsregime, gegen „Unfreiheit“ und „Stasi“ habe es damals gegeben, die schließlich zur deutschen Einheit führte. Die Geschichtsfälschungen und die Versuche der Delegitimierung der DDR gehen weiter, denn die Menschen sollen glauben, dass es keine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus geben kann.

Doch die Spur, die die DDR hinterließ, ist tief: Trotz der anhaltenden antikommunistischen Propaganda erinnern sich auch heute nicht wenige Menschen, dass es ein Land gab mit sozialer Sicherheit, in dem niemand Angst haben musste, den Arbeitsplatz zu verlieren, ein Land mit einem fortschrittlichen Bildungssystem, einem Gesundheitssystem, das Schwächen hatte, aber für alle da war. Es bleibt die Erinnerung, dass in diesem Land bereits mehr für die Gleichberechtigung der Frau erreicht worden war, dass es vor allem ein Land war, von dem niemals Krieg ausging, sondern in dem Solidarität mit Ausgebeuteten und Unterdrückten, in dem Friedenspolitik und Antifaschismus Staatsdoktrin waren.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten halten die Erinnerung an die DDR wach, an das bessere Deutschland, an die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Alternative.

Aber wir sagen zugleich: Der Kampf gegen Krieg, um Frieden, um soziale und demokratische Rechte, gegen Faschisten und für eine Veränderung der Verhältnisse muss verstärkt werden. - Sozialismus ist heute nötiger denn je! - Dafür steht die DKP, dafür kämpfen wir.“

Die komplette Erklärung des DKP-Parteivorstandes steht hier: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2015/09/sozialismus-ist-heute-noetiger-denn-je/>

Gehrcke zur Antisemitismus-Kampagne

Am 18. September lud das Antifa-Plenum Gießen Wolfgang Gehrcke, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, zur Vorstellung seines Buches „Rufmord. Die Antisemitismus-Kampagne gegen links“ ein. In einer kurzen Einführung informierte er die etwa 35 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer über seine Beweggründe. So hätten rund 15% der deutschen Bevölkerung antisemitische Vorurteile, von denen die politische Linke jedoch nur einen kleinen Teil ausmache.

Antifaschisten, Friedensaktivisten und Kämpfer gegen Rassismus würden ganz einfach diffamiert, indem man sie als Antisemiten bezeichnet. Damit soll Kritik an den USA und der Politik Israels sowie Solidarität mit Befreiungsbewegungen wie der PLO verhindert werden.

Durch die Verkehrung des Begriffes Antisemitismus wird das historische einmalige Menschheitsverbrechen der industriellen Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden relativiert sowie die reale Gefahr von rechts verharmlost.

Der Vorwurf des Antisemitismus stellt die Grundsubstanz linken Denkens infrage, dabei ist dies praktizierter



Internationalismus, Humanismus und Antifaschismus. Links ist prinzipiell nicht völkisch und Linke werden keiner Menschengruppe bestimmte Verhaltensweisen oder Eigenschaften andichten. Weitere Gesichtspunkte wie die Zweistaatenlösung für Israel und Palästina oder die unsinnige Verwendung des Begriffes „Willkommenskultur“ im Zusammenhang mit den Flüchtlingen wurden diskutiert und regen zu weiterer Beschäftigung mit diesen Themen an.

Rainer Grabowski



Ukraine: Gefahr nicht gebannt!

Noch im vergangenen Jahr konnte man zur Ukraine in schneller Folge mediale Donnerschläge vernehmen. Heute hingegen hat sich der Krieg festgefahren. Die ukrainische Armee, gestützt durch faschistische Freiwill-

ner haben sich der Einberufung entzogen, ganze Dörfer organisierten die Flucht mit Bussen in die umliegenden Länder.

Besonders leiden die Menschen im Osten der Ukraine unter dem Krieg.

Die ukrainische Armee geht rücksichtslos gegen die Zivilbevölkerung vor. Rentner und Staatsbedienstete in den Volksrepubliken trifft außerdem die Kiewer Wirtschaftsblockade: Ihre Renten und Gehälter zahlt der ukrainische Staat nicht mehr.

Wer behauptet, an dieser Situation hätten alle Seiten gleichermaßen Schuld, streut Sand in die Augen. Die Verbände der Volksrepubliken sind nicht Aggressoren, sondern Verteidiger. Der Aggressor ist die Kiewer Regierung, die militä-

risch und finanziell von EU und USA abhängig ist. Denn die Ursache für den Bürgerkrieg war der gewaltsame Putsch ukrainischer Nationalisten, der wiederum nicht getrennt werden kann von der NATO-Strategie, Russland

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

Die Tageszeitung **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

einzucreisen und mögliche Bündnispartner Russlands ökonomisch und militärisch zu destabilisieren. Der deutsche Imperialismus ist dabei keineswegs nur eine Marionette des US-Imperialismus, sondern trägt als EU-Hauptmacht ebenfalls eine Mitverantwortung.

Die Vereinbarungen von Minsk II, also ein Waffenstillstand und der Abzug schweren Geräts, sind brüchig. Zwar kommen aus EU und USA derzeit keine Signale, den Konflikt zu einem Krieg mit Russland eskalieren zu wollen. Im Grundsatz hält die NATO jedoch an ihrer aggressiven und gefährlichen Politik gegenüber Russland fest. Die Aufstellung einer schnellen NATO-Eingreiftruppe für Osteuropa, die Verlegung schweren Geräts und Flugzeuge in die Nachbarstaaten Russlands, auch die Stationierung weiterer US-Atomwaffen in Deutschland – das sind ernstzunehmende Signale.

Pablo Graubner



Veranstaltung von DKP, SDAJ, VVN und Rote Hilfe zum Antikriegstag: Es referierte der jW-Journalist Reinhard Lauterbach (rechts) im vollbesetzten Vortragsraum der Kongreßhalle über die aktuelle Situation in der Ukraine; die Diskussion leitete Pablo Graubner (links)

ligenverbände, konnte keinen militärischen Erfolg gegen die Volksrepubliken im Osten des Landes erzielen. Die ukrainische Armee ist zwar besser bewaffnet, leidet aber unter einer schlechten Moral. Etliche junge Män-

Leserbriefe

Aspekte von Suizidalität

Jugendliche sind bei Suiziden „Spitzenreiter“: 600 Personen jährlich. Dies ist die höchste Todesrate nach der „Wende“. Es handelte sich also im klassischen Sinne um die „Euphorie vor dem Exitus“ (Wikipedia). Makabererweise gibt es aktuell zwischen der jugendlichen und älteren Generation eine Annäherung. Die ältere Generation jenseits des 60. Lebensjahres holt mit Suiziden kräftig auf (dpa/epd., 11. Sept.). Nach Angaben der „Deutschen Stiftung Patientenschutz“ gehören von den jährlich 10.000 Selbsttötungen in der BRD 45% dieser Altersgruppe an. Öffentlich wird dies v.a. auf psychische Krankheiten, Angst und Depressionen zurückgeführt. Dass dies mit sozialen Faktoren zusammenhängt wie u. a. Erwerbslosigkeit, Hartz IV, Grundsicherung, Hunger, prekären Arbeitsbedingungen, Niedrigrenten, miserables und teures Wohnen, fehlende

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

soziale Einrichtungen, wird bewusst ausgeblendet. Weltweit gilt: da wo Armut herrscht, sind die höchsten Suizidraten. Sie beläuft sich jährlich auf 800.000 Menschen (WHO). In Europa wird dies beim ausgebeuteten Griechenland besonders deutlich.

Uwe Moldenhauer

„Nichts ist vergessen und niemand“ (F.-J. Degenhardt). In der ganzen Griechenland-Debatte wird hierzulande unterschlagen, welch großes Leid und Elend Deutschland im 2. Weltkrieg über Griechenland brachte. Unterschlagen wird die brutale Unterstützung der griechischen Faschisten durch USA und ihre Marionetten in den 60er und 70er Jahren und die fortwährende Okkupation von Teilen Zyperns durch das NATO-Land Türkei. In den Schlamassel gezogen wurde das griechische Volk durch Fi-

10 Wochen kostenlos testen

CompressVerlag, HoffnungsStr.
18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

nanzmafia, EU, Euro und NATO, zumal die Hellenen tatsächlich noch einige Rechnungen bei „uns“ offen haben.

Falk Moldenhauer

Redaktionsschluss für November-Echo: Mi., 4. Nov.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

DEMO für VIELFALT in GIESSEN

Samstag, 17. Oktober, 10 Uhr, Berliner Platz
Bündnis für Vielfalt - gegen Rassismus

Das Bündnis wurde von den Gewerkschaften initiiert und ist ein Zusammenschluss von Kirchen, Hilfsorganisationen der Flüchtlingsarbeit, Schüler- und Studierendenvertretungen, Sportvereinen, Parteien

Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern

Das Gießener Echo kostet Geld

Wir bitten um Spenden und die Bezahlung der Abo-Gebühren auf das Konto:

Sparkasse Gießen,
IBAN: DE75 5135 0025
0000 1930 70



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
dkp-giessen.de

DKP Gießen auch bei Facebook

Pressefest der DKP

Vom 1. bis 3. Juli 2016 soll wieder in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressfest - Volksfest der DKP stattfinden. Zur Finanzierung gibt es bereits die Festbuttons zu 10 bzw. 5 Euro.

Projektwerkstatt Saasen: Offene Tür für alle

am Sonntag nachmittag (25.10.) unter dem Motto „Kaffee, Kuchen, Chaos? Oder lieber: Tee, Tofu, Taten!“

Die Aktiven aus der Projektwerkstatt laden alle Interessierten ein, im Haus zu schnüffeln, die Räume und die Menschen dort kennenzulernen. Ab 16 Uhr gibt es Kaffee, Tee, Kuchen und mehr. Führungen durch die Projektwerkstatt werden nach Bedarf angeboten, alle können stöbern in den Bibliotheken und Räumen. Ab 20 Uhr gibt es einen Kinabend mit Kurzfilmen aus 25 Jahren Projektwerkstatt und politischer Widerstand. Ort: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, Reiskirchen-Saasen (an der Vogelsbergbahn und am Radweg „R7“). Mehr Informationen und Einladungen zu weiteren Seminaren im Dezember und Januar: www.projektwerkstatt.de/termine.

Delegiertenkonferenz der DKP

Am 12. September 2015 fand im Bürgerhaus Gießen-Kleinlinden die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Hessen statt. Die bisherige Arbeit der hessischen DKP wurde kritisch, aber auch positiv bewertet, wobei die große DKP-Demo in Frankfurt im EU-Wahlkampf, die Beteiligung an Blockupy, das erfolgreiche UZ-Fest und die Mitarbeit in zahlreichen -

nicht nur ihre bisherigen sieben Mandate verteidigen sondern neue erringen will.

Auch auf die Situation in Griechenland wurde eingegangen; wobei die notwendige Solidarität mit dem griechischen Volk im Mittelpunkt stand und festzustellen war, dass früher teilweise vorhandene Illusionen über Syriza sich selbst entlarvt hatten.

Eine Sammlung für das Projekt des Parteivorstands zur Solidarität mit dem griechischen Volk „Vom Widerstand lernen – PAME unterstützen!“ erbrachte 497 Euro.

Bei den Wahlen wurde ein Generationswechsel an der Spitze vollzogen. Nach 15



von links: Axel Koppey, Michael Beltz, Gerd Schulmeyer

insbesondere auch antifaschistischen - Bündnissen hervorgehoben wurde. Inhaltliche Schwerpunkte waren die drohenden und unter deutscher Beteiligung stattfindenden Kriege sowie die Flüchtlingsproblematik. Dabei wurden die Ursachen der Flucht als auch die Gefahr der Instrumentalisierung der Flüchtlinge hervorgehoben; hierzu wurde ein Antrag an den Parteitag beschlossen.

Weitere Themen waren die Rolle und Entwicklung der Gewerkschaften - kämpferisch oder Ordnungsfaktor - sowie die im März anstehenden Kommunalwahlen in Hessen, wo die DKP

Jahren konnte der bisherige 73jährige Bezirksvorsitzende Michael Beltz aus Gießen die Verantwortung in jüngere Hände übergeben. Zum neuen hessischen Vorsitzenden wurde der 48jährige Axel Koppey aus Rödermark gewählt, der bereits im Parteivorstand der DKP mitarbeitet. Stellvertreter wurde wieder - bei den insgesamt einmütig durchgeführten Wahlen - Gerd Schulmeyer aus Mörfelden. Insgesamt wurden 19 Genossinnen und Genossen in den neuen Bezirksvorstand gewählt, darunter aus Gießen Erika und Michael Beltz sowie Pablo Graubner.

Umsonstladen bittet um Sachspenden

Der Umsonstladen benötigt dringend Herrenschuhe, Kleidung, Haushaltsgeräte, Spielzeug usw., auch für die vielen Flüchtlinge, denen hier geholfen wird. Öffnungszeiten: Di.: 10:00 - 13:00 Uhr, Do.: 17:00 - 19:00 Uhr. Ort: 36394 Gießen, Ernst-Toller-Weg 3, Bus Linie 1 Richtung Rödgen, Haltestelle Waldstadion